

Entschließungsantrag **der Fraktionen der SPD und FDP**

zur Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksachen 9/77, 9/643 —

Zweites Folgetreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Madrid

— bisherige Verwirklichung der Schlußakte in Helsinki
— weiterführende Vorschläge zur Schlußakte von Helsinki

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren erfolgreich darum bemüht, die Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn auf der Grundlage der geschlossenen Verträge umfassend zu entwickeln und durch eine glaubwürdige Friedenspolitik und die Bereitschaft zum Dialog das Vertrauen zwischen den europäischen Völkern zu stärken. Insbesondere das Berlin-Abkommen der Vier Mächte, die Verträge von Moskau, Warschau und Prag wie auch der Grundlagen-Vertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik haben entscheidend zur Sicherung des Friedens in Europa beigetragen.

Unsere Sicherheit beruht auf der Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft. Nur durch sie kann ein sicherheitspolitisches Gleichgewicht in Europa gewährleistet werden. Dazu sind kontinuierliche Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik Deutschland ebenso erforderlich wie beharrliche Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung. Das gleichzeitige Streben nach Sicherheit und Entspannung auf der Grundlage des Gleichgewichts ist unverändert Kernbestand der gemeinsamen Sicherheitspolitik im Bündnis. Demgemäß setzt sich die Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit ihren Bündnispartnern für ein stabiles militärisches Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau ein. Sie trägt auf der Grundlage des NATO-Doppelbeschlusses, dessen rüstungskontrollpolitische Komponente sie aktiv mitgestaltet hat, durch eigene Vorschläge im Bündnis zu den Bemühungen um die Begrenzung der nuklearen Mittelstreckensysteme bei. In den Wiener Verhandlungen über ausgewogene beiderseitige Truppenvermindierungen tritt

die Bundesrepublik Deutschland beharrlich für ein Zwischenergebnis auf der Grundlage des westlichen Vorschlags ein. Im Genfer Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen hat die Bundesregierung mit Unterstützung ihrer Bündnispartner einen Vorschlag für ein umfassendes Abrüstungsprogramm eingebracht. Sie setzt sich weltweit, wie in Europa, für die Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen ein.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Auf dieser Grundlage bekräftigt der Deutsche Bundestag seine Überzeugung, daß der KSZE-Prozeß gerade in der heutigen Weltlage fortgesetzt und ausgebaut werden muß. Dieser langfristig angelegte, dynamische Prozeß, der den Verzicht auf die Anwendung und Androhung von Gewalt zur Voraussetzung hat, dient der Festigung des Friedens und der Stabilität in Europa. Er trägt dazu bei, die menschliche Dimension der Entspannung zu entwickeln und die praktische Zusammenarbeit zwischen Ost und West im Interesse der Menschen zu stärken.

Die von der Teilung Deutschlands und Europas ausgehenden Gefahren und Erschwernisse im menschlichen Zusammenleben belasten besonders das deutsche Volk. Daher haben die beiden deutschen Staaten eine besondere Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa.

2. Der Deutsche Bundestag würdigt die offene und sachliche Aussprache, die auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid über den Stand der Verwirklichung aller Teile der Schlußakte geführt worden ist. Sie hat sowohl die weiterbestehenden Mängel wie auch die seit Unterzeichnung der Schlußakte erzielten Fortschritte deutlich gemacht.
3. Der Deutsche Bundestag hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß bei der Ausarbeitung eines substantiellen und ausgewogenen Schlußdokuments in Madrid Fortschritte erzielt worden sind, die einen erfolgreichen Abschluß der Konferenz in absehbarer Zeit möglich erscheinen lassen. Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der westlichen Verbündeten und Partner wie auch die konstruktive Haltung anderer Delegationen hat dazu wesentlich beigetragen.
4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den anderen Teilnehmerstaaten auch weiterhin alles in ihrer Kraft stehende zu tun, um möglichst noch in diesem Jahr zu einem erfolgreichen Abschluß der Konferenz zu kommen. Der Deutsche Bundestag hofft, daß es insbesondere gelingen wird, die Kontakte und Informationen zwischen den Menschen in Ost und West zu verbessern, durch geeignete Schritte auf eine bessere Verwirklichung der Menschenrechte hinzuwirken und die wirtschaftliche, technisch-wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit auszubauen.
5. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß die Einsetzung einer Konferenz über Abrüstung in Europa mit dem Auftrag, vertrauensbildende Maßnahmen für ganz Europa auszu-

arbeiten, einen bedeutenden Beitrag für die Stabilisierung der internationalen Lage leisten würde. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die Bundesregierung die westlichen Bemühungen um ein präzises Konferenzmandat wie bisher nachdrücklich unterstützt.

6. Vertrauensbildende Maßnahmen sind ein wichtiges Mittel, die dringend erforderlichen Fortschritte auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und Abrüstung zu fördern.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihre aktive Rolle im Ost-West-Dialog und im internationalen Rüstungskontrollprozeß unbeirrt durch Krisen und Rückschläge fortzusetzen und dem Deutschen Bundestag jährlich Berichte zum Stand der Rüstungskontrolle und Abrüstung unter Berücksichtigung der Entwicklung im militärischen Kräfteverhältnis vorzulegen.

Bonn, den 9. September 1981

Wehner und Fraktion

Mischnick und Fraktion

